V-101 Jugendbeteiligung und Erstbewerber*innen auf Mandate im politischen Betrieb nachhaltig fördern

Antragsteller*in:	Henning Singer (KV Südliche Weinstraße)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Wir leben in politisch konfliktreichen und krisenbehafteten Zeiten - die Coronapandemie sowie der anschließende völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine samt Energiekrise und Nahost-Konflikt haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Gesellschaft – und vor allem junge Menschen bis 30 Jahre in großen Teilen verunsichert ist. Leider mussten wir bei den vergangenen Wahlen feststellen, dass vor allem junge Wähler*innen das Vertrauen in uns verloren haben. Wir als GRÜNE müssen dafür sorgen, dass sie sich wieder gehört, repräsentiert und ernstgenommen fühlen, indem wir Politik in deren Interesse machen.

Zu oft stellen wir als Zivilgesellschaft hohe Anforderungen an die junge Generation – sei es der Umweltschutz, die Rentensicherung oder auch das Ehrenamt, reflektieren uns als Gesellschaft als Ganzes aber zu selten. Die zentrale Frage lautet: „Wie können wir junge Menschen und Erstbewerber*innen auf politische Mandate auf Landes- und Bundesebene besser und niederschwelliger in den demokratischen Willensbildungsprozess mit einbinden?“. Wenn wir uns diese Gedanken nicht machen – wer macht es denn dann? Wir sind die Partei in Regierungsverantwortung in diesem Land, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt wiederherstellen kann, da der soziale und inklusive Gedanke eine tragende Säule unseres Selbstverständnisses darstellt.

In Deutschland leben rund 13 Millionen junge Menschen im Alter bis 30 Jahre (Stand 2023) – rund 17.000 davon sind Teil der GRÜNEN JUGEND (Stand 2022). Wir müssen uns als Bundespartei weiter für junge Menschen und Erstbewerber*innen auf politische Mandate öffnen und deren Interessen wie Arbeitsmarktintegration, Bildung und Klimagerechtigkeit nicht nur ansprechen, sondern diese Personengruppe auch sichtbarer in den Parlamenten vertreten haben – daher ist es unabdinglich, dass bei den zukünftigen Wahlen jeder der 16 Landesverbände wenn möglich 10% der zu vergebenden (aussichtsreichen) Landeslistenplätze für die Landtags- und Bundestagswahl an Erstbewerber*innen vergibt.

Ebenfalls erachte ich es als sinnvoll für uns GRÜNE einen eigenen Discord-Server Anfang des kommenden Jahres aufzusetzen. Laut einer repräsentativen Studie von Statista aus diesem Jahr nutzen rund 28% der jungen Menschen unter 30 Jahren den Messengerdienst, um sich direkt in vielen verschiedenen Formaten untereinander austauschen zu können. Hier verfolgt beispielsweise die Initiative „Pixelgrüne“ einen partizipativen Ansatz und bietet einen direkten Austausch mit Politiker*innen auf Landes- und Bundesebene und dem Vorstand.

Große Stimmverluste kommen daher, da sich die Leute fragen „Wo sind die GRÜNEN überhaupt noch glaubwürdig?“ Wenn wir uns als soziale Partei verstehen, müssen wir es hinbekommen, dass wir diese Personengruppen bewusst ansprechen und diese weiter in den politischen Diskurs mit einbinden.

Hier müssen alle demokratischen Parteien an einem Strang ziehen und alle jungen Menschen besser politisch ansprechen und integrieren – denn diese werden unsere zukünftige Gesellschaft formen.

weitere Antragsteller*innen

Alex Hunczek (KV Hamburg-Nord); Obada Barmou (KV Germersheim); Florian Kraus (KV Altötting); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Maximilian-Ronaldo Klante (KV Nürnberg-Stadt); Philip Weiß (KV Kurpfalz-Hardt); Joscha Pullich (KV Cochem-Zell); Jonas Lang (KV Nürnberg-Stadt); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Winfried Schürmann (KV Südliche Weinstraße); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Ruth Rettberg (KV Südliche Weinstraße); Yvonne Treis (KV Cochem-Zell); Andreas Fladung (KV Südliche Weinstraße); Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt); Schakeela Stark (KV Südliche Weinstraße); Bärbel Sandberg (KV Pinneberg); Jörg Fischer (KV Vechta); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.